

**Aus dem englischen Original:** <http://www.socialeurope.eu/2015/04/real-thing-anti-austerity-european-government/>

**übersetzt von Philipp Heimberger**

## **Eine Anti-Austeritäts-Regierung für Europa**

*James Galbraith (7.4. 2015)*

Ich bin gerade aus Athen zurückgekommen, wo ich für mehrere Tage das Privileg genossen habe, mit der griechischen Regierung zusammenzuarbeiten, und insbesondere mit dem Finanzminister, meinem guten Freund Yanis Varoufakis. Tatsächlich hatte ich bislang zwei Gelegenheiten, das Drama aus nächster Nähe zu beobachten, das sich derzeit in Europa zuträgt.

Die erste Gelegenheit bot sich in jener Woche der Verhandlungen, die zu der enorm wichtigen Einigung am 20. Februar geführt hatte. Und dann waren da die letzten paar Wochen meines Aufenthalts in Griechenland, die ihr eigenes Drama hervorbrachten, indem sie zu einer Reihe von Zahlungen führten, was eine sehr substanzielle Zahlung an den Internationalen Währungsfonds einschließt. Bei all dem handelte es sich, lassen Sie es mich so formulieren, um Ereignisse, die mit einem ausgeprägten Interesse auf der ganzen Welt, aber insbesondere in Finanzkreisen mitverfolgt wurden.

Was in Griechenland auf dem Spiel steht, geht jedoch weit über finanzielle Fragen hinaus. Es geht über die Frage des Schicksals eines kleinen, historisch schlecht regierten Landes mit schwachen Institutionen hinaus, das im Zuge der Krise der letzten fünf Jahre schrecklich gelitten hat, als es 25 Prozent seiner Wirtschaftsleistung einbüßte. Eines Landes, in dem Arbeitslosenraten vorherrschen, die auf dem Niveau der USA in der schlimmsten Phase der Großen Depression liegen, Arbeitslosenraten von mehr als 50% in der jugendlichen Bevölkerung. Eines Landes, das in jedem Aspekt seiner öffentlichen und sozialen Aktivitäten eine schwere Krise durchmacht.

Was auf dem Spiel steht, sage ich, geht sogar über diese fürchterliche Situation hinaus, die in jeder Straße und an jeder Wand Athens abzulesen ist. Es geht darüber hinaus, weil es die Zukunft Europas und die Bedeutung des Wortes „Demokratie“ in der heutigen Zeit betrifft.

Doch was die GriechInnen getan haben, und das hat mich auch dazu gebracht, mich so stark wie möglich in dieser Situation zu engagieren, was sie in den letzten paar Monaten zustande gebracht haben, ist erstaunlich. Sie haben – ich denke, endgültig – die ganze bisher herrschende politische Klasse Griechenlands zerlegt und verbannt.

Sie haben ein verrottetes und korruptes, sich aus zwei Parteien zusammensetzendes, System beendet, und sie haben eine Regierung der DissidentInnen, AktivistInnen und ProfessorInnen installiert – einschließlich eines Finanzministers, der bis vor kurzem für viele Jahre aus dem griechischen Fernsehen verbannt war, weil er auf der schwarzen Liste der damals regierenden AmtsträgerInnen stand. Dieser Mann ist nun der Finanzminister der Hellenischen Republik.

Es sei angemerkt, dass die griechische Bevölkerung all das trotz starken Widerstands der Medien durchgesetzt hat, wobei dieser mediale Widerstand weiterhin Bestand hat – und trotz des Widerstands vonseiten der europäischen Partner, der ebenfalls weiterhin aufrechterhalten wird. Ich würde sagen, dass nichts damit Vergleichbares in Europa seit der Solidaritätswahl in Polen Ende der 1980er-Jahre geschehen ist. Es ist offensichtlich, dass dies einen wachrüttelnden Effekt auf die politische Atmosphäre auch außerhalb Griechenlands an vielen Orten Europas hatte, und dass es ein neues Fenster an Möglichkeiten geöffnet hat. Ich glaube, das spanische Wort, das sich zur Beschreibung dieser neuen Atmosphäre etabliert, ist „podemos“. Und dabei handelt es sich um eine Breeze, die frische Luft über die gesamte politische Szene Europas bringt.

Natürlich habe ich, vor allem während der letzten fünf Jahre, die europäische Szene intensiv verfolgt, und die Transformation, die psychologische Transformation, ist bereits außerhalb Griechenlands absehbar. Innerhalb Griechenlands ist es ohnehin ein fundamentales Faktum, das man jederzeit beobachten kann.

Gleichzeitig ist es richtig, dass die neue Regierung sich mit einer ausgeklügelten, sorgfältig gelegten politischen und ökonomischen Falle konfrontiert sieht. Eigentlich handelt es sich um mehr als eine Falle. Es ist vielmehr ein Minenfeld oder ein Hinderniskurs, der gänzlich von menschlicher Hand erschaffen wurde. Es ist rein artifiziell.

Die Falle ist charakterisiert durch Deadlines, Deadlines für Berichte, Deadlines für Zahlungspläne und Cash-Flow-Hürden, die bereits vor der Wahl am 25. Jänner eingesetzt wurden, in manchen Fällen sogar im Hinblick auf den wahrscheinlichen Ausgang eines ungenehmen Wahlausgangs. Die Falle besteht aus Obergrenzen für Liquiditätsunterstützung an das Bankensystem, das Begeben von langfristigen Staatsanleihen durch die Regierung, und die Fähigkeit, die Staatsanleihen bei der Europäischen Zentralbank als Sicherheiten vorzulegen – Hürden, die nach der Wahl ins Spiel kamen.

Jede der genannten Maßnahmen wurde bereits rationalisiert – und wird weiterhin rationalisiert – als Maßnahme der Kontrolle, Überwachung und Vorsicht. Wir können uns darüber streiten, ob es sich dabei um eine legitime Art der Rationalisierung handelt oder nicht. Ich hätte da meine Fragen und Zweifel. Aber was man mit Sicherheit sagen kann, ist, dass diese Zusammenstellung von Hürden und, sagen wir, vorbeugenden finanziellen Maßnahmen von einem makroökonomischen Standpunkt aus, von einem psychologischen Standpunkt aus, grundsätzlich kontraproduktiv war. Sie trägt massiv zur Instabilität bezüglich der griechischen Wirtschaft bei, ebenso zur Instabilität des Finanzsystems. Sie trägt massiv zur Kapitalflucht bei, und zu dem politischen Druck, dem sich die griechische Regierung ausgesetzt sieht, und dem sich zu beugen weder die Regierung noch die griechische Bevölkerung Bereitschaft gezeigt hat.

Um diese Falle zu überwinden, um aus dem Minenfeld herauszukommen, mussten Handlungen auf einem hohen Geschicklichkeitsniveau auf zumindest drei Ebenen gesetzt werden. Der erste Schritt war grundsätzlicher Natur und bestand darin, dafür zu sorgen, dass das „Memorandum of Understanding“, wie es genannt wurde, der Vergangenheit angehört; ein Diktat, das Griechenland zu einer Art kolonialer Verwaltungszone gemacht hatte, in der praktisch alles, was die Regierung machte, von außen durch die Institutionen (bekannt als die Troika) vorgegeben war. Damit wurde

Schluss gemacht, indem die griechische Bevölkerung diese Art des Regiertwerdens in einer offenen und entscheidenden Wahl von sich wies. Und zumindest prinzipiell wurde dieser Bruch mit dem alten „Memorandum“ akzeptiert; auf erbitterte Verhandlungen war das Communiqué vom 20. Februar gefolgt. Dieses stellte einen großen Schritt nach vorne dar, auch wenn es mit Kosten bezüglich des Hinausschiebens von bestimmten, durch die Syriza-Wahlplattform geforderten Maßnahmen verbunden war, insbesondere hinsichtlich einer Erhöhung der Mindestlöhne, der Zurücknahme von Privatisierungen und der Nicht-Akzeptanz einer Zielvorgabe bezüglich des Primarsaldos; Maßnahmen, die – auch wenn die Forderungen mittlerweile geringer als die ursprünglich unrealistischeren Forderungen sind – immer noch die Handlungsfähigkeit der griechischen Regierung einschränken.

Der zweite Schritt ist noch nicht ganz getan, und er besteht darin, diese neue Realität auf operativer Ebene zu etablieren. Er setzt sich aus der Etablierung von professionellen, akzeptablen Arbeitsbeziehungen zwischen den internationalen Teams zusammen, die eine wichtige Rolle spielen. Und diese Rolle besteht darin, die Fakten aufzudecken und die europäischen Partner vom guten Willen der griechischen Regierung zu überzeugen. Und das machte eine Anpassung der internationalen Teams notwendig, die nach Athen kommen, immer noch in der Hoffnung, ihr Geschäft wie zuvor machen zu können, im Grunde wie unter den Regeln, die in Zeiten des „Memorandum of Understanding“ vorherrschten. Diese Teams haben feststellen müssen, dass das nicht mehr der Fall ist, und mit dieser Entdeckung war ein gewisses Maß an Reibereien verbunden.

Ich denke, dass es fair ist, davon dazu berichten, dass in den letzten paar Tagen einige Fortschritte erzielt werden konnten. Die technischen Diskussionen waren für einige Zeit auf Eis gelegt worden, unter der Annahme, dass die Teams ihre Anfrage nach Dokumenten von der griechischen Regierung schriftlich präsentieren würden. Und genau das machen die Teams jetzt auch. Sie arbeiten daran, eine Liste von geforderten Dokumenten vorzulegen, und dieses Ansinnen wird auch erwidert werden. Das griechische Finanzministerium hat eine Stellungnahme veröffentlicht, dass es all das als konstruktive Entwicklung ansieht. Das stellt die Beziehung zwischen den beiden Seiten auf ein angemessenes Fundament einer ordentlichen Zusammenarbeit, gekennzeichnet durch den regelmäßigen Austausch von Dokumenten.

Der dritte Schritt in diesem Prozess ist auf politischer Ebene zu machen. Und er besteht darin, die Liquidität der griechischen Regierung wiederherzustellen und dem Bankensystem genug Stabilität zu geben, damit die ökonomische Aktivität sich wieder erholen kann. Das stellte bislang ein zentrales Problem dar, im Speziellen in den letzten zwei Monaten, in einer Atmosphäre der Angst, welche die Wahlen umgab, und in einer Atmosphäre der Unsicherheit, die den Wahlen nachgefolgt ist. Im Grunde haben die Banken die meisten ihrer Aktivitäten eingestellt und ein großer Teil von Zahlungsmitteln hat das Land verlassen, was die periodischen Liquiditätsspritzen erforderlich macht, um die Funktionsweise des Systems sicherzustellen.

Aber all das ist nicht hinreichend, um der Regierung Luft zum Atmen zu geben, weder um ihre Reformprogramme zu entwickeln, noch um sich der Aussicht gegenüber zu öffnen, dass die Wirtschaft in eine Art von Erholungsphase eintreten könnte. Und eine Entscheidung, diese Mechanismen der Destabilisierung hinter sich zu lassen, musste auf politischer Ebene getroffen werden; es ist möglich, dass genau das zumindest teilweise in Berlin erreicht werden konnte (am 29. März).

Es muss, denke ich, genau wie vor der Einigung vom 20. Februar, die pragmatische Intervention eines Menschen hervorgehoben werden, für den ich normalerweise nicht viel überschwängliches Lob übrig habe, nämlich des deutschen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble. Es ist ein pragmatischer Schritt, der einen Wendepunkt darstellen könnte und eine Abnahme des Drucks, ausgehend von der EZB, der in den letzten Tagen extrem problematisch war.

Indem diese Manöver, wie ich sie nenne, sich immer weiter entwickeln, eröffnet sich eine interessante Möglichkeit. Und das ist die Möglichkeit einer politisch stabilen Anti-Austeritäts-Regierung in Europa, angeführt durch – wie Sie sicherlich bereits festgestellt haben – durchschlagkräftige Persönlichkeiten, die sich mit einer Wirtschaft konfrontiert sehen, die kaum noch Spielraum nach unten, aber viel Entwicklungspotential nach oben hat. Eine Wirtschaft, die sich bereits sehr bald auf einem Pfad der Erholung befinden könnte, der Verbesserung der Performance der Arbeitsmärkte und der Stabilisierung der externen Verschuldungssituation.

Das würde sich in der Folge von einer Krise abspielen, die durch die neoliberale Finanzpolitik der frühen 2000er-Jahre herbeigeführt worden war. Eine Krise, die dann verstärkt und prolongiert wurde durch die auf die Krise folgende Austeritäts-Ideologie, und die zu hochgradig kontraproduktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen anleitete. Und so ist die Möglichkeit, dass eine Anti-Austeritäts-Regierung den Beginn der Erholung aus dem Austeritätsregime initiieren könnte, eine gegenwärtige Realität, und natürlich auch eine Art Albtraum in bestimmten Zirkeln.

Das ist natürlich das Schlimmste, das jemandem passieren kann, der mit dem größeren politischen System und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre in Verbindung gebracht werden kann. Und es gibt eine ganze Menge an Menschen, die mit dieser Ideologie und dieser Politik assoziiert werden, und ihre Reaktion konnte in den letzten Tagen hinlänglich beobachtet werden.

Sie haben ihren letzten Vorrat an Minen und Hürden ausgepackt, was für alle BeobachterInnen klar ersichtlich war, und in meinen Augen auch eine Erwähnung verdient, auch wenn es direkt nichts mit der Wirtschaftspolitik zu tun hat, die Europa in den letzten Jahren verfolgt hat. Es handelt sich um eine Kampagne des politischen Rufmords, die im Speziellen auf einen Bestandteil der bevorstehenden griechischen Wiederbelebung gerichtet war, nämlich auf meinen Freund, den Finanzminister Yanis Varoufakis.

Dieser Teil des Spiels ist altbekannt, insbesondere den AmerikanerInnen dürfte er nicht fremd sein. AmerikanerInnen meiner Generation haben mehrere Versionen davon erlebt, gerichtet auf progressive, oder zumindest vorgeblich progressive, politische Persönlichkeiten. Gary Hart war ein Beispiel aus den 1980er-Jahren. Bill Clinton war ein Beispiel zu mehreren Zeitpunkten in den 1990er-Jahren. Und ähnliche Versuche gab es auch, mit dem Ziel, den amtierenden Präsidenten Barack Obama zu Fall zu bringen.

Eine erfolgreiche Attacke hat immer zwei wichtige Merkmale. Eines davon ist das große Prinzip, dass die Freiheit der Medien ein Konzept darstellt, das ganz besonders auf jene anzuwenden ist, die als Eigentümer der Presse fungieren, was in unserem Fall bedeutet:

die Rechtsgerichteten, die Banken besitzen, die wiederum Medienunternehmen besitzen.

Und das zweite essentielle Element ist die im Großen und Ganzen verlässliche Reaktion, besonders bei großen Zuhörerschaften, wenn Verweise darauf gemacht werden, dass ein männlicher Mensch mit einem normalen, der Reproduktion dienenden Körperteil ausgestattet ist. Habe ich das mit hinreichender Feinheit ausgedrückt, um damit davon zu kommen?

Natürlich war es in den Fällen meines Freundes Gary Hart und des Präsidenten Clinton so, dass es Probleme gab, die man – sofern man sich um solche Dinge sorgt – aufwerfen kann. Im Falle Obamas haben wir einen Präsidenten, dessen der Öffentlichkeit bekanntes Familienleben makelloser ist als alles seit Ozzie und Harriet. Deshalb war in seinem Fall das zweite essentielle Element völlig abwesend, weshalb Präsident Obama durch diese Art der Attacke auch nicht zu Fall gebracht werden konnte.

Und im Fall von Yanis Varoufakis haben die Attackierenden im Grunde das gleiche Problem. Sein reales Leben gibt keine plausible Angriffsfläche. Deshalb musste die ganze Attacke auf eine vermeintlich flüchtige Geste in einem langen, quasi-akademischen Vortrag aufgebaut werden. Der Ausdruck dafür lautet: die letzten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen.

Aber das ist etwas, das ein Teil der politischen und medialen Dynamik gewesen ist, mit dem Ziel, jene Person zu schädigen, die am meisten getan hat, um das politische Klima der wirtschaftspolitischen Diskussion rund um die Welt zu verändern, natürlich aber vor allem in Europa während der letzten vier Monate. Und die Ausgangslage von Varoufakis, einen solchen Klimawechsel zu fördern, basierte auf Millionen von über die Jahre archivierten Wörtern, die auf eine effektive, und im Großen und Ganzen zutreffende Analyse dessen hinauslaufen, was sich in Europa zugetragen hat.

Deshalb sollten wir vorsichtig sein, damit wir diesen Angelegenheiten nicht zu wenig Bedeutung beimessen, die vielleicht trivial klingen oder einfach von der Hand zu weisen sein mögen, die aber tatsächlich darauf abzielen, sehr konkrete politische Ziele zu erreichen.

Ich denke, das alles wird vorbei gehen. Es wird vorbei gehen, weil der Regierungschef Griechenlands, Premierminister Alexis Tsipras, der richtige Mann ist. Ich habe ihn kennenlernen dürfen, zwar nicht so gut, wie ich Yanis kenne. Ich muss sagen, ich habe bereits eine Vielzahl von politischen Führungspersönlichkeiten getroffen, aber nicht viele kennengelernt, die an die Fähigkeit von Alexis herankommen, wenn es darum geht, eine politische Situation mit kühlem Kopf einzuschätzen und auf dieser Basis eine solide Beurteilung abzugeben, was auch der Grund dafür ist, dass er quasi aus dem Nichts kam – nach weniger als vier Jahren, eigentlich nach weniger als eineinhalb Jahren –, um sich zum Premierminister eines europäischen Landes aufzuschwingen.

Immerhin hat die griechische Bevölkerung ihre Regierung in kompletter Missachtung ihrer eigenen Medienlandschaft gewählt, und sie hat sich in der Krise nach den Wahlen hinter die Regierung gestellt, mit Zustimmungsraten von bis zu 80%, was nichts anderes bedeutet, als dass ungefähr die Hälfte derer, die bei der Wahl gegen Tsipras gestimmt

hatten, ihm nun ihre Unterstützung kundtaten, zumindest zu bestimmten Zeitpunkten nach der Wahl.

Eine Stimmung, die durch Würde geprägt ist, hat sich in Athen durchgesetzt, was wesentlich mehr wert ist als eine große Menge an Geld. Das ist etwas sehr Tiefgründiges, das es wert ist, beobachtet zu werden. Ich habe es nur zu zwei oder drei Gelegenheiten in meinem Leben beobachten können. Und das ist eine Stimmung, die ansteckend wirkt, und sich vielleicht auch in Spanien niederschlägt, und vielleicht auch in Portugal, und vielleicht auch in Irland, und vielleicht auch bald irgendwo anders.

Deshalb hoffe ich, dass Sie mich nicht für allzu unheilverkündend halten, wenn ich Ihnen mitteile, wie viel mir dieser spezielle Moment, und diese Chance, ein Teil davon zu sein, bedeutet. In diesem Sinne möchte ich mit den Worten von Zola schließen: *la vérité est en marche et rien ne l'arrêtera. Merci.*